SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Frau Doktor steht zur Wahl: eine quantitative Analyse des bundesdeutschen Wahlverhaltens auf lokaler Ebene aus der Genderperspektive

Friedhoff, Caroline; Holtkamp, Lars; Wiechmann, Elke

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Friedhoff, C., Holtkamp, L., & Wiechmann, E. (2016). Frau Doktor steht zur Wahl: eine quantitative Analyse des bundesdeutschen Wahlverhaltens auf lokaler Ebene aus der Genderperspektive. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, *8*(1), 91-107. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46598-0

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Aufsätze: Offener Teil

Caroline Friedhoff, Lars Holtkamp, Elke Wiechmann

Frau Doktor steht zur Wahl. Eine quantitative Analyse des bundesdeutschen Wahlverhaltens auf lokaler Ebene aus der Genderperspektive

Zusammenfassung

Dieser Beitrag geht zwei grundlegenden Fragen nach: zum einen, ob Frauen bei Kommunalwahlen, bei denen Kumulieren und Panaschieren möglich ist, gezielt nach unten gewählt – und somit durch die Wählerschaft diskriminiert – werden, und zum anderen, ob ein vorhandener Doktortitel der KandidatInnen den Wahlerfolg, unabhängig vom Geschlecht, im Vergleich zu Nicht-Promovierten erhöht. Die Analysen der Kommunalwahlen in 74 Klein- (20 000 bis 50 000 EinwohnerInnen) und Großstädten (mehr als 100 000 EinwohnerInnen) anhand der Parteilisten mit fast 16 000 KandidatInnen zeigen eine Benachteiligung von Frauen gegenüber den (männlichen) Kandidaten durch die Wählerschaft, die sich allerdings nur in Kleinstädten, nicht jedoch in Großstädten äußert. Ein Doktortitel begünstigt den relativen Wahlerfolg von Frauen und Männern gegenüber Nicht-Promovierten wie erwartet, wobei es keine signifikanten Differenzen im Wahlerfolg zwischen Frauen und Männern mit Doktortitel gibt. Die Annahmen und Ergebnisse werden im Spiegel aktueller Forschungsergebnisse diskutiert.

Schlüsselwörter
Frauenrepräsentanz, WählerInnenverhalten, relativer Wahlerfolg, Kommunalwahlen, Kumulieren, Panaschieren

Summary

The doctor is standing for election. A quantitative analysis of German voting behaviour from a gender perspective

This article addresses two basic issues: Whether women are discriminated by voters in local elections when the electoral system allows accumulation and cross-voting and whether candidates with a PhD achieve better relative electoral success than candidates without a PhD, regardless of the candidate's gender. An analysis of local elections in 74 small towns (20 000 up to 50 000 residents) and large cities (more than 100 000 residents) with nearly 16 000 candidates showed that women are discriminated by voters in small towns, but not in big cities. Candidates with a PhD are more successful in elections than candidates without a PhD. However, there are no significant differences between the electoral success of women and men with a doctorate. The hypothesis and results will be discussed as reflected in current research results.

Keywords
female representation, electoral behaviour, relative electoral success, local elections, accumulation, cross-voting

1 Einleitung

Das mediale, aber auch wissenschaftliche Interesse an promovierten Politikerinnen und Politikern hat in den letzten Jahren zugenommen, um unter anderem die Präferenzen der Wählerschaft zu verstehen. Insbesondere wurde mehrfach untersucht, ob BundestagskandidatInnen mit Doktortitel bei den Erststimmen in Bundestagswahlen häufiger gewählt werden. Auch der Genderfaktor stößt spätestens nach der Wahl von Angela

Merkel zur Bundeskanzlerin zunehmend auf politikwissenschaftliches Interesse und wurde ebenfalls für die Erststimmen bei Bundestagswahlen untersucht. Allerdings können diese Untersuchungen nur bedingt die Effekte von Doktortiteln und Geschlecht erfassen, insbesondere deshalb, weil Bundestagsabgeordnete in ihrem jeweiligen Wahlkreis der Wählerschaft häufiger namentlich bekannt sind (11 Prozent im Durchschnitt bis zu knapp 40 Prozent; Weßels 1998) und somit viele andere personelle Faktoren bei der Wahl eine Rolle spielen können, die sich in statistischen Analysen kaum konstant halten lassen.

Besser geeignet für diese Fragestellung ist die lokale Ebene. Hier dominiert in vielen Bundesländern ein Verhältniswahlrecht mit offenen Listen, sodass bei Kumulieren und Panaschieren[1] jede Kandidatur nach oben und nach unten gewählt werden kann. Damit ergeben sich deutlich höhere Fallzahlen als bei der Bundestagswahl, sodass für die Kommunen verlässlichere quantitative Analysen durchgeführt werden können. Zudem gelten Kommunalwahlen allgemein als „low information elections" (Mechtel 2013: 1), auf dieser Ebene sind die einzelnen Kandidaturen der Wählerschaft deutlich weniger bekannt. Die Wählerschaft kann sich neben dem Parteilabel bei ihrer Abstimmung in vielen Bundesländern nur am Namen der Kandidaturen orientieren, aus dem Geschlecht und Doktortitel hervorgehen. Damit sind auf lokaler Ebene die besten Rahmenbedingungen für eine quasiexperimentelle Untersuchung gegeben. Im Rahmen eines Forschungsprojektes, das vom Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung NRW gefördert wurde, konnten wir den bisher umfangreichsten Datensatz zu Kumulieren und Panaschieren anlegen und wollen damit in diesem Beitrag den Einfluss von akademischen Titeln und des Geschlechts der KandidatInnen auf das Verhalten von Wähleraggregaten untersuchen. Nach einer Skizze des Forschungsstands zur Entwicklung der Hypothesen werden diese unter Berücksichtigung von knapp 16 000 Kandidaturen für die Kommunalparlamente in Klein- und Großstädten getestet.

2 Forschungsstand und Hypothesen

In gleich zwei aktuelleren Untersuchungen wird der Einfluss von akademischen Titeln auf die Erststimmen bei Bundestagswahlen analysiert (Schneider/Tepe 2011; Manow/Flemming 2011): Beide Untersuchungen kommen zu dem Fazit, dass der Doktortitel einen kleinen, aber signifikanten Effekt auf den Wahlerfolg bei der Erststimme hat. Im kleinen Maße scheint der Doktortitel den Wahlerfolg zu erhöhen, was auch ein möglicher „Anreiz" für Plagiate sein könnte – zumindest dann, wenn diese nicht aufgedeckt werden. Andernfalls droht das Ende der politischen Karriere, was angesichts der geringfügigen Wahleffekte der akademischen Titel aus einer Rational-Choice-Perspektive

1 Beim Verhältniswahlrecht mit freier Liste können die BürgerInnen für jedes zu besetzende Ratsmandat eine Stimme vergeben. Dabei kann der Stimmzettel für eine Partei unverändert abgegeben werden, wodurch jede Kandidatur auf der Parteiliste eine Stimme erhält. Alternativ besteht durch Kumulieren auch die Möglichkeit, mehrere Stimmen (bspw. in Baden-Württemberg bis zu drei) für eine/n einzelne/n KandidatIn zu vergeben und somit die Reihenfolge der Kandidaturen auf der Parteiliste zu verändern. Durch die Möglichkeit des Panaschierens können darüber hinaus auch einzelne KandidatInnen aus anderen Parteien gewählt werden.

schwerer wiegen dürfte (Manow/Flemming 2011: 549). Zwei weitere Befunde aus diesen Studien sind ebenfalls für unsere Analyse der Kommunalwahlen interessant. Erstens ist der Doktortitel nur vorteilhaft, wenn im Wahlkreis nur wenige andere KandidatInnen einen Doktortitel haben. Dann hat die Promotion noch Signalwirkung und steht für politische Kompetenz und mitunter für anerkannte Tugenden „wie Leistungsbereitschaft, Sorgfalt und Glaubwürdigkeit" (Schneider/Tepe 2011: 250). Kommt es dagegen in Wahlkreisen zu einer „Titelinflation", bieten diese für die Wählerschaft kaum noch eine Orientierung. Dies ist übertragen auf Kommunalwahlen insbesondere in Großstädten zu erwarten, auf deren sehr langen Wahllisten sich gewöhnlich viele Kandidaturen mit Doktortitel finden. In Kleinstädten dürfte dies auf den deutlich kürzeren Wahllisten seltener der Fall sein, sodass der Titel dort für die Wählerschaft eher eine herausragende Orientierung bietet. Daraus ergibt sich die erste Untersuchungshypothese:

H 1: Kandidaturen mit Doktortitel werden in Kleinstädten stärker nach oben gewählt als in Großstädten, in denen der Doktoreffekt kleiner, aber dennoch signifikant ist.

Beide Untersuchungen zur Bundestagswahl kommen weiterhin zu dem Ergebnis, dass das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss auf den Doktoreffekt hat (Schneider/Tepe 2011; Manow/Flemming 2011: 531ff.). Frauen und Männer profitieren also in ähnlicher Weise bei der Bundestagswahl vom Doktortitel, woraus sich die zweite Untersuchungshypothese ableitet:

H 2: Männer und Frauen mit Doktortitel werden in ähnlicher Weise nach oben gewählt.

Die Grenzen dieser Untersuchungen von Bundestagswahlen wurden bereits in der Einleitung herausgestellt und werden zum Teil selbst von den AutorInnen hervorgehoben (Manow/Flemming 2011: 549). Insbesondere durch die höhere Bekanntheit einzelner KandidatInnen in ihrem Wahlkreis können viele Persönlichkeitsmerkmale den Einfluss des Doktortitels überlagern, ohne dass diese hinreichend kontrolliert werden können. Deshalb lohnt ein Blick auf die Kommunalwahlen als „low information elections" (Mechtel 2013: 1). In bisherigen Studien zu Kumulieren und Panaschieren in Deutschland wurde immer wieder betont, dass der Doktortitel den Wahlerfolg der Kandidaturen erhöht (Gremmels 2003: 73; vgl. bereits Hamberger 1966). Allerdings wurde bisher kaum analysiert, ob dieser Doktoreffekt nach Gemeindegröße oder Geschlecht variiert. Lediglich Mario Mechtel hat für die größten Kommunen in Baden-Württemberg nachgewiesen, dass weibliche Kandidaturen in ähnlicher Weise vom Doktortitel profitieren wie männliche (Mechtel 2013: 14).

Häufiger wurde demgegenüber untersucht, ob Frauen bei Kumulieren und Panaschieren im Allgemeinen stärker nach unten gewählt werden als Männer, Frauen also verlieren. Die deutsche Frauenforschung steht den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens eher skeptisch gegenüber. Hier wird traditionell davon ausgegangen, dass Frauen durch das Wahlsystem mit Kumulieren und Panaschieren eindeutig benachteiligt werden. Erstens würde die Wählerschaft die Quotierung unterminieren und zweitens vor allem sehr bekannte Kandidaturen präferieren. Gewählt würden Vereinsvorsitzende und Berufstätige mit hohem gesellschaftlichen Status – also Positionen, von denen Frauen sozialstrukturell noch immer häufiger ausgeschlossen sind (Blättel-Mink/Mischau/Kramer 1998: 782; Hoecker 1995: 113). Demnach würde die Wählerschaft – zwar nicht

bewusst – Frauen diskriminieren, aber über den Faktor „Bekanntheitsgrad", vermittelt durch die sozialstrukturelle gesellschaftliche Schieflage, würden Frauen auf dem Wahlzettel schließlich systematisch benachteiligt, wenn das Wahlrecht durch Kumulieren und Panaschieren die Personenwahl ermöglicht. Für diese dominante Hypothese werden allerdings keine empirisch überzeugenden Belege angeführt. Im Gegenteil zeigt sich in WählerInnenbefragungen, dass die Ratskandidatinnen und Ratskandidaten kaum bekannt sind. Nicht einmal fünf Prozent der Befragten können ein Ratsmitglied in zwei Großstädten und zwei Kleinstädten des Ruhrgebiets namentlich benennen (Bovermann 2002). Allerdings muss hierbei berücksichtigt werden, dass in Nordrhein-Westfalen das stark personenorientierte Wahlrecht nicht eingeführt wurde, sodass sich argumentieren ließe, dass erst unter diesem neuen Wahlrecht eine größere KandidatInnenkenntnis der Wählerschaft einsetzt. Oscar Gabriel konnte hingegen in seiner Studie zu Stuttgart nachweisen, dass die KandidatInnenkenntnis der Bevölkerung auch bei lange geltendem, stark personenorientiertem Wahlrecht nicht viel besser ausfällt:

„In Stuttgart war kein Vorsitzender der im Gemeinderat vertretenen Personen mehr als 5 Prozent der Befragten bekannt. Selbst unter den Wählern seiner Partei erreichte lediglich der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Hahn einen Bekanntheitsgrad von knapp über 10 Prozent" (Gabriel 1997: 152f.).

Dass trotz sehr geringer KandidatInnenkenntnisse in Stuttgart immerhin über 50 Prozent der Wählerschaft von der Möglichkeit zu kumulieren und panaschieren Gebrauch machen (Gabriel/ Brettschneider/Vetter 1997), deutet darauf hin, dass für die Personalentscheidungen der WählerInnen in mittleren und größeren Kommunen häufiger nur die begrenzten Angaben auf dem Stimmzettel eine Rolle spielen (Andersen 2000: 88) und nicht ein wie auch immer gearteter öffentlicher Bekanntheitsgrad der Ratskandidaturen.

Allerdings könnte mit Blick auf die international vergleichende Wahlforschung eine andere Ursache für die Benachteiligung von Frauen sprechen. Das Verhältniswahlrecht mit offenen Listen hat danach als Institution sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Frauenrepräsentanz in Parlamenten, je nachdem, wie stark noch eine patriarchale politische Kultur dominiert (Norris 2004).

In einer eher patriarchalen politischen Kultur greifen Teile der Wählerschaft auf negative Stereotype gegenüber Frauen und auf positive Stereotype gegenüber Männern als PolitikerInnen zurück (Sanbonmatsu 2002: 31), die insbesondere dann zur Geltung kommen, wenn den WählerInnen nur der Name der kandidierenden Person vorgelegt wird und ihr Bekanntheitsgrad gering ist. Dann können Geschlechterstereotype bei niedrigem Informationsniveau neben der Parteizugehörigkeit als „short cuts" für die Wahlentscheidungen dienen, um Entscheidungen treffen zu können. So geht die bundesdeutsche Frauenforschung auch heute noch von „der Hartnäckigkeit patriarchaler Einstellungen" (Hoecker 1998: 396) der Wählerschaft aus. Als Beleg hierfür wird immer wieder die lokale Ebene insbesondere in Baden-Württemberg angeführt. Es wird dabei aber häufig lediglich der Prozentanteil der weiblichen Kandidaturen mit dem der gewählten Ratsmitglieder verglichen, was zu einer verkürzten Schlussfolgerung führen kann:

„Sehr häufig ist das Wahlergebnis für Frauen schlechter, als es ihrem Anteil an Kandidaturen entspricht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Wählerinnen und Wähler kaum in Erwägung ziehen, eine Frau anstelle eines Mannes zu wählen" (Holuscha 1999: 307; vgl. sehr ähnlich auch Wehling 2000: 205).

Zwar ist der Frauenanteil in Baden-Württemberg unter den Ratskandidaturen auch in aktuelleren Statistiken höher als unter den Ratsmitgliedern, aber hieraus lassen sich keine Schlüsse für das Wahlverhalten ziehen, weil dieser Effekt auch darauf zurückgeführt werden könnte, dass die Parteien gerade ihre hinteren Listenplätze mit weiblichen Kandidaturen „auffüllen" und deshalb anteilig weniger Kandidatinnen in das Kommunalparlament einziehen. Zur Überprüfung dieser Hypothese muss die Veränderung der Listenplatzierung durch die Wählerschaft erhoben werden.

Für baden-württembergische Großstädte konnten in einer detaillierteren Analyse aller gewählten Ratsmitglieder keine empirischen Belege für eine negative Diskriminierung durch die Wählerschaft gefunden werden (vgl. ähnlich zu Großstädten Gabriel/Brettschneider/Vetter 1997; Mielke/Eith 1994; Mechtel 2013; Tiefenbach 2006). Dagegen sprechen Hinweise eher für eine Diskriminierung durch die meist männlichen Parteieliten als einen Erklärungsfaktor für die Unterrepräsentanz (Holtkamp/Schnittke 2010). Ähnliches wurde auch in Befragungsexperimenten nachgewiesen (Klein/Rosar 2007: 287). Hier wurde festgestellt, „dass in der Bundesrepublik die Kandidatur von Frauen den Parteien bei der Wählerschaft nicht zum Nachteil gereicht" (Westle/Kühnel 2007: 304).

Diese Befunde werden durch die Ergebnisse der international vergleichenden Genderforschung gestützt, nach denen Formen der offenen Diskriminierung seit den 1990er Jahren zunehmend verpönt sind und gerade die politische Kultur Deutschlands im Hinblick auf Einstellungen zu Politikerinnen besonders egalitär ist (Davidson-Schmich 2006: 213). Allerdings gilt dies deutlich stärker für West- als für Ostdeutschland (Inglehart/Norris/Welzel 2002). So wird von einigen AutorInnen formuliert, dass die politische Kultur in Ostdeutschland nach der Wende pfadabhängig fortgeschrieben wurde und es „in realiter um die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im Sozialismus schlecht bestellt war" (Magin 2011: 147). Daraus lässt sich die folgende zu überprüfende Hypothese ableiten:

H 3: In ostdeutschen Kommunen werden aufgrund der politischen Kultur Frauen stärker nach unten gewählt als in Westdeutschland.

Schließlich könnten die politische Kultur und das Wahlverhalten zusätzlich nach Gemeindegröße variieren. Vergleichende Betrachtungen kommen zu dem Ergebnis, dass Frauen in Großstädten bei Kumulieren und Panaschieren besser abschneiden als in kleineren Kommunen (Danzer 2008; Tiefenbach 2006; Gremmels 2003). Daraus lässt sich die vierte Hypothese generieren:

H 4: In Großstädten ist nicht mit einer negativen Diskriminierung von Frauen durch die Wählerschaft zu rechnen. In Kleinstädten werden Frauen dagegen tendenziell eher nach unten gewählt.

Im Folgenden werden die vier aufgestellten Hypothesen empirisch überprüft.

3 Empirische Analyse der bundesdeutschen Kommunalwahlen

Damit nachvollzogen werden kann, ob Frauen und Männer mit und ohne Doktortitel unterschiedliche Wahlerfolge verbuchen, wurden im Zeitraum von Januar 2014 bis Dezember 2014 die Wahlergebnisse von Ratswahlen in 18 Großstädten (mehr als 100 000 EinwohnerInnen) und 56 Kleinstädten (20 000 bis unter 50 000 EinwohnerInnen)[2] in allen Bundesländern erhoben, in denen das kommunale Wahlrecht Kumulieren und Panaschieren vorsieht. Lediglich in den vier Bundesländern Berlin, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein dominieren bei Kommunalwahlen die starren Listen, bei denen das Hoch- bzw. Herunterwählen der KandidatInnen nicht möglich ist – hier kann die Wählerschaft lediglich die von den Parteien aufgestellte Liste als Gesamtpaket wählen.

Im Rahmen dieser Erhebung sind die Wahllisten der jeweiligen Parteien mit den Gesamtstimmen sowie, wenn verfügbar, die Stimmenanzahl in den einzelnen Wahlbezirken erhoben worden[3]. Weiterhin wurden das Geschlecht, ob die Person gewählt wurde oder nicht, ein vorhandener bzw. nicht vorhandener Doktortitel und der Migrationshintergrund erfasst. Der Doktortitel ist über die Angabe vor dem Namen auf der jeweiligen Liste eruiert worden. Die Daten wurden durch eine Internetrecherche erhoben, wenn diese frei zugänglich auf den Webseiten der jeweiligen Kommunen verfügbar waren. War dies nicht der Fall, wurden die verantwortlichen Wahlämter oder andere zuständige Personen schriftlich bzw. telefonisch angesprochen.

Insgesamt befinden sich auf der Basis der vollständigen Erhebung aller Listen 15 825 Personen im Datensatz, wovon 32,3 Prozent weiblich sind. Von diesem Datensatz konnten für die hier interessierende Fragestellung wiederum ca. 14 000 Personen erfasst werden – für die verbleibende Anzahl standen die benötigten Detailinformationen nicht zur Verfügung.

Die zentrale Variable der folgenden Auswertungen bildet der relative Wahlerfolg, dessen Grundidee von Herbolsheimer und Wüst (2012) entwickelt wurde: Die Stimmenanzahl der KandidatInnen wird relativ mit den zwei oberen und zwei unteren ListennachbarInnen der jeweiligen Partei verglichen, um festzustellen, ob die betrachteten Personen im Vergleich besser oder schlechter zu diesen abgeschnitten haben. Die entsprechende Formel lautet:

2 Die erhobenen Groß- und Kleinstädte sind folgende: Alfeld, Altenburg, Aschersleben, Augsburg, Bad Hersfeld, Bad Pyrmont, Bautzen, Bernburg (Saale), Blankenfelde-Mahlow, Böblingen, Bremen, Bremerhaven, Bühl, Burg, Coburg, Darmstadt, Dietzenbach, Dresden, Duderstadt, Eisenach, Eislingen (Fils), Erding, Flöhrsheim am Main, Frankfurt am Main, Freiburg, Germering, Halle, Hattersheim am Main, Heidenheim an der Brenz, Heppenheim (Bergstraße), Idar-Oberstein, Ingelheim am Rhein, Ingolstadt, Karben, Kassel, Laatzen, Langen (Hessen), Ludwigshafen, Mannheim, Mössingen, Mühlhausen (Thüringen), München, Neuruppin, Neustadt am Rübenberge, Nienburg (Weser), Offenbach, Oldenburg, Osnabrück, Peine, Pfungstadt, Pirna, Prenzlau, Remseck am Neckar, Hannoversch Münden, Rostock, Roth, Schönebeck (Elbe), Schorndorf, Schwandorf, Schwedt (Oder), Schwetzingen, Seevetal, Senftenberg, Sonthofen, Stade, Stadtallendorf, Stuhr, Uetze, Unterhaching, Weinstadt, Wiesbaden, Winsen (Luhe), Zirndorf, Zweibrücken.

3 Die Wahlergebnisse der einzelnen Wahlbezirke innerhalb der Städte wurden in diesem Beitrag nicht in die Ergebnispräsentation miteinbezogen.

$$\textit{Relativer Wahlerfolg} = \frac{\textit{Stimmenanzahl Person} * 4}{\textit{ListennachbarIn 1} + \textit{ListennachbarIn 2} + \textit{ListennachbarIn 3} + \textit{ListennachbarIn 4}}$$

Ein Wert niedriger als eins symbolisiert ein schlechteres Abschneiden im Vergleich zu den direkten ListennachbarInnen, während der Wert größer als eins ein besseres Abschneiden bedeutet. Bei Werten größer als eins kann dies so interpretiert werden, dass die jeweilige Person in der Liste hochgewählt wurde und somit im Ergebnis ihren Listenplatz verbessert hat. Bei Werten unter eins wird dies genau umgekehrt interpretiert. Für KandidatInnen, die den ersten und den letzten Platz der Liste einnehmen, kann der relative Wahlerfolg nicht berechnet werden, da keine ListennachbarInnen oberhalb bzw. unterhalb verfügbar sind. Die zweite Person sowie die vorletzte Person auf der Liste können lediglich mit den zwei möglichen ListennachbarInnen verglichen werden[4].

3.1 Ergebnisse zum relativen Wahlerfolg von Frauen und Männern (mit und ohne Doktortitel)

Bevor genauer betrachtet wird, inwiefern Frauen mit einem Doktortitel Vorteile bei Kommunalwahlen erzielen, ist zunächst generell von Interesse, ob Frauen im Vergleich zu Männern von der Wählerschaft überhaupt diskriminiert werden. Im Ergebnis zeigt sich, dass der relative Wahlerfolg von Frauen und Männern in der Stichprobe etwas unterschiedlich ausfällt: Männer haben durchschnittlich einen Wert von 1,01, während der Wert der Frauen bei 0,95 liegt, diese also im Schnitt von den WählerInnen heruntergewählt werden. Diese Differenz ist statistisch hoch signifikant ($p<0{,}001$), somit deutet einiges auf eine Diskriminierung der weiblichen im Vergleich zu den männlichen KandidatInnen hin. Eine differenziertere Betrachtung nach Gemeindegröße und Regionen Deutschlands kann Aufschluss darüber geben, ob die Diskriminierung der Frauen allgemein unterstellt werden kann.

Abbildung 1 zeigt den relativen Wahlerfolg von Frauen und Männern, untergliedert nach Groß- und Kleinstädten in Ost- und Westdeutschland. In ostdeutschen Kleinstädten ist die Diskrepanz zwischen dem Wahlerfolg von Frauen (0,87) und Männern (1,11) am größten und statistisch hoch signifikant[5]. Letzteres gilt auch für Kleinstädte im Westen, wobei die Werte des relativen Wahlerfolges weniger auseinanderklaffen. In beiden Teilen Deutschlands werden Frauen in Kleinstädten offensichtlich im Vergleich zu den (männlichen) Kandidaten von den WählerInnen diskriminiert und im Durchschnitt auch von ihren ursprünglichen Listenplätzen heruntergewählt. Im Gegensatz dazu gibt

4 Dementsprechend sieht die Berechnungsformel des relativen Wahlerfolges für die zweite und die vorletzte Person auf einer Liste folgendermaßen aus:

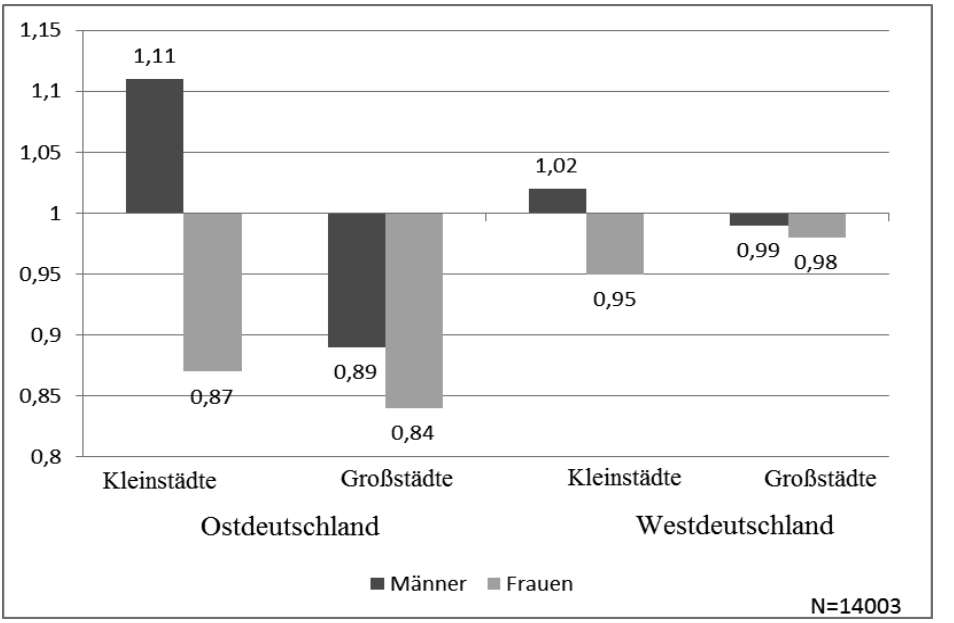
$$\textit{Relativer Wahlerfolg} = \frac{\textit{Stimmenanzahl Person} * 2}{\textit{ListennachbarIn 1} + \textit{ListennachbarIn 2}}$$

5 In diesem und auch in den nachfolgenden Diagrammen bildet der Wert eins den Scheitelpunkt. Balken, die nach unten weisen, markieren einen negativen Wahlerfolg, nach oben gerichtete Balken zeigen einen positiven Wahlerfolg.

es sowohl im Westen als auch im Osten in den Großstädten keine Anzeichen für die Benachteiligung von Frauen als Kandidatinnen bei Kommunalwahlen. Die Werte liegen unterhalb von eins und damit relativ nah beieinander. Die geringen Abweichungen sind nicht signifikant; folglich liegt in Kommunen mit mehr als 100 000 EinwohnerInnen keine Diskriminierung von Frauen durch die Wählerschaft vor.

Damit konnte insgesamt die Hypothese zum Einfluss der Gemeindegröße bestätigt werden, während die Unterschiede der politischen Kultur in West- und Ostdeutschland offensichtlich nicht so ausgeprägt sind, wie es in der Hypothese angenommen wird.

Abbildung 1: Relativer Wahlerfolg von Frauen und Männern in Ost-/Westdeutschland nach Klein- und Großstädten



Quelle: eigene Darstellung; die Differenzen in den ost- und westdeutschen Kleinstädten sind signifikant ($p<0{,}001$); die Differenzen in den ost- und westdeutschen Großstädten sind nicht signifikant ($p>0{,}05$).

3.2 Wahlerfolg von Frauen mit und ohne Doktortitel

Der Anteil von KandidatInnen mit Doktortitel in den betrachteten Städten und Gemeinden liegt bei 5,8 Prozent. Dieser Wert ist im Vergleich zum Bevölkerungsanteil von 1,1 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2014: 37) deutlich höher. Dies hängt möglicherweise mit dem höheren Bildungsstand von KandidatInnen in der Kommunalpolitik zusammen (siehe dazu Egner 2013: 63). Nur etwa jede/r dritte KandidatIn ist weiblich, die Listen in den betrachteten Kommunen sind folglich nicht paritätisch besetzt. In Tabelle 1 ist die Verteilung für Doktortitel nach Geschlecht differenziert:

Tabelle 1: Verteilung von Doktortiteln nach Geschlecht

	Doktortitel vorhanden?		
	Nein	Ja	Total
Mann	*93,45*	*6,55*	*100*
	61,17	75,97	67,69
n	10 009	702	10 711
Frau	*95,66*	*4,34*	*100*
	32,83	24,03	32,31
n	4 891	222	5 113
Total	*96,16*	*5,84*	*100*
	100	100	100

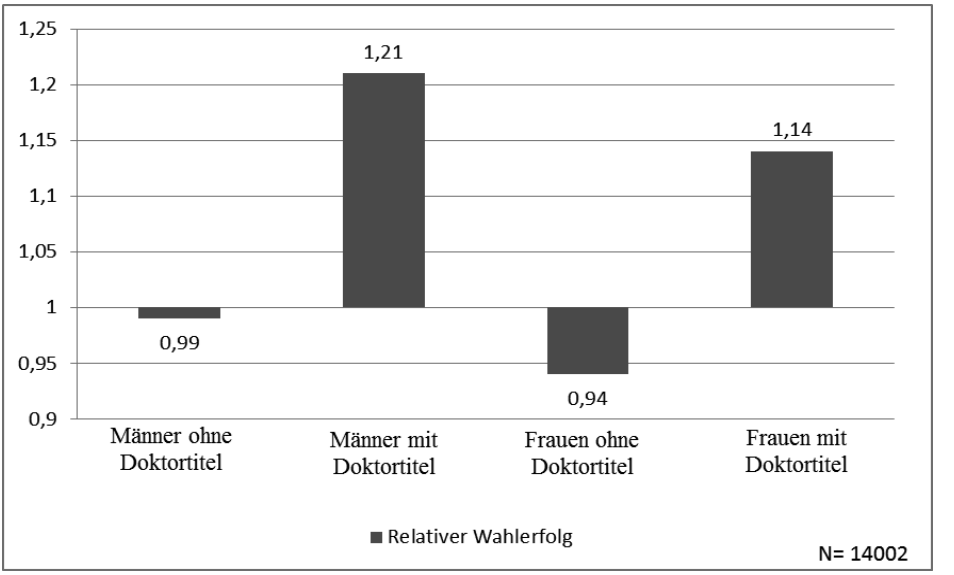
Quelle: eigene Darstellung; kursiv gesetzte Werte stellen die Zeilenprozente dar.

Etwa 6,6 Prozent der Männer und 4,3 Prozent der Frauen haben einen Doktortitel. Während diese Zahlen noch recht nah beieinander liegen, sind die Diskrepanzen zwischen den Geschlechtern wesentlich größer: Lediglich jede vierte Person mit Doktortitel unter den RatskandidatInnen ist eine Frau (24 Prozent), wonach knapp 76 Prozent der Promovierten männlich sind.

Anhand des bereits zuvor beschriebenen Wertes zum relativen Wahlerfolg (nachfolgend: rW) untersuchen wir erstens, ob Frauen mit Doktortitel bei den Kommunalwahlen in Groß- und Kleinstädten schlechter im Vergleich zu Männern abschneiden, und zweitens, ob promovierte Frauen einen größeren Wahlerfolg im Vergleich zu Frauen ohne Doktortitel verzeichnen. In Abbildung 2 sind die Werte des rW für Frauen und Männer mit und ohne Doktortitel angegeben.

Zunächst wird deutlich, dass sowohl Frauen als auch Männer ohne Promotion durchschnittlich ein relativ zu ihren ListennachbarInnen schlechteres Wahlergebnis verzeichnen, während Männer und Frauen mit Doktortitel bessere Ergebnisse erzielen. Den geringsten Erfolg verzeichnen erwartungsgemäß Frauen ohne Titel. Bei der Gesamtbetrachtung der Ergebnisse, die an dieser Stelle noch keiner Differenzierung nach Groß-/Kleinstädten, Ost-/Westdeutschland und Bundesländern unterliegt, zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den rW-Werten von promovierten Frauen und Männern. Dies kann so interpretiert werden, dass ein Doktortitel einen positiven Einfluss auf den Wahlerfolg von KandidatInnen unabhängig vom Geschlecht hat.

Abbildung 2: Relativer Wahlerfolg von Frauen und Männern mit und ohne Doktortitel



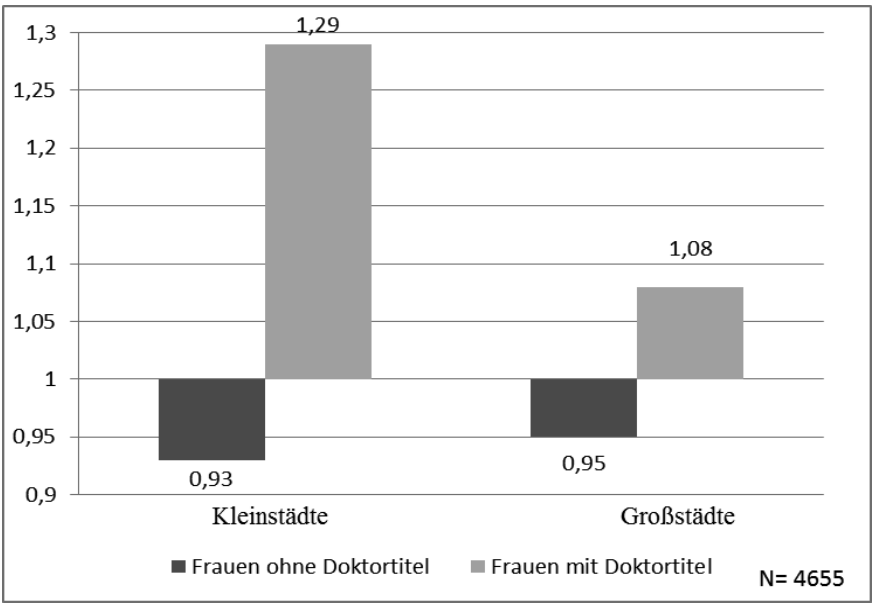
Quelle: eigene Darstellung; die Unterschiede zwischen rW-Werten sind signifikant unterschiedlich ($p<0{,}01$). Lediglich die Differenz zwischen den Werten von Männern mit Doktortitel und Frauen mit Doktortitel sind nicht signifikant ($p=0{,}36$).

3.3 Unterschiede zwischen Groß- und Kleinstädten

Ein allgemeiner Blick auf den relativen Wahlerfolg von Frauen und Männern mit und ohne Promotion reicht jedoch nicht aus, es gilt, auch die Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinstädten in die Analyse miteinzubeziehen.

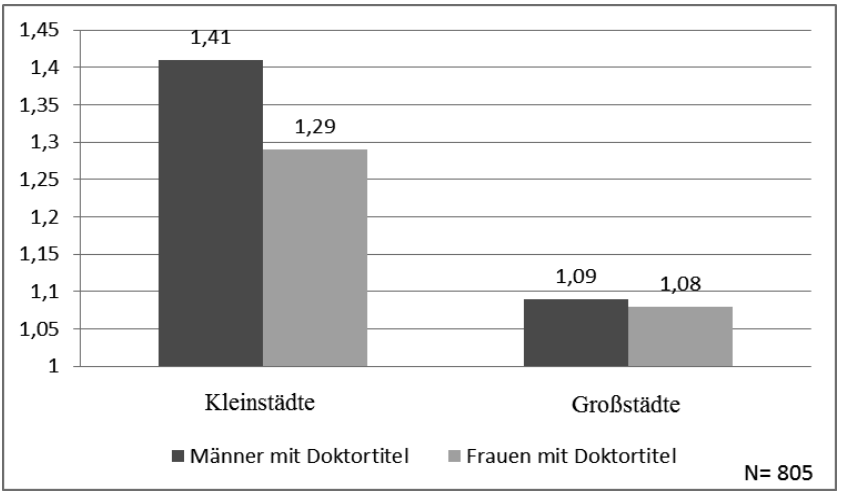
Tatsächlich bestätigen die Ergebnisse in Abbildung 3 unsere Hypothese zum Zusammenhang von Doktortitel und der Gemeindegröße: In Kleinstädten (zwischen 20 000 und 50 000 EinwohnerInnen) ist der rW-Wert mit 1,29 signifikant höher als in Großstädten. Hier ist der Doktortitel folglich stärker von Bedeutung als in Großstädten. Dies führt zugleich dazu, dass eine starke Diskrepanz zwischen dem Wahlerfolg von Frauen mit und ohne Doktortitel in Kleinstädten vorherrscht, während diese Differenz in Großstädten zwar auch signifikant unterschiedlich, aber moderater als in Kleinstädten ausfällt.

Abbildung 3: Relativer Wahlerfolg von Frauen mit und ohne Doktortitel in Klein- und Großstädten



Quelle: eigene Darstellung; Differenzen zwischen Frauen mit und ohne Doktortitel innerhalb der Klein- und Großstädte sind signifikant (p<0,001).

Abbildung 4: Relativer Wahlerfolg von Frauen und Männern mit Doktortitel in Klein- und Großstädten



Quelle: eigene Darstellung; Differenzen zwischen Männern und Frauen mit Doktortitel innerhalb der Klein- und Großstädte sind nicht signifikant (p>0,05).

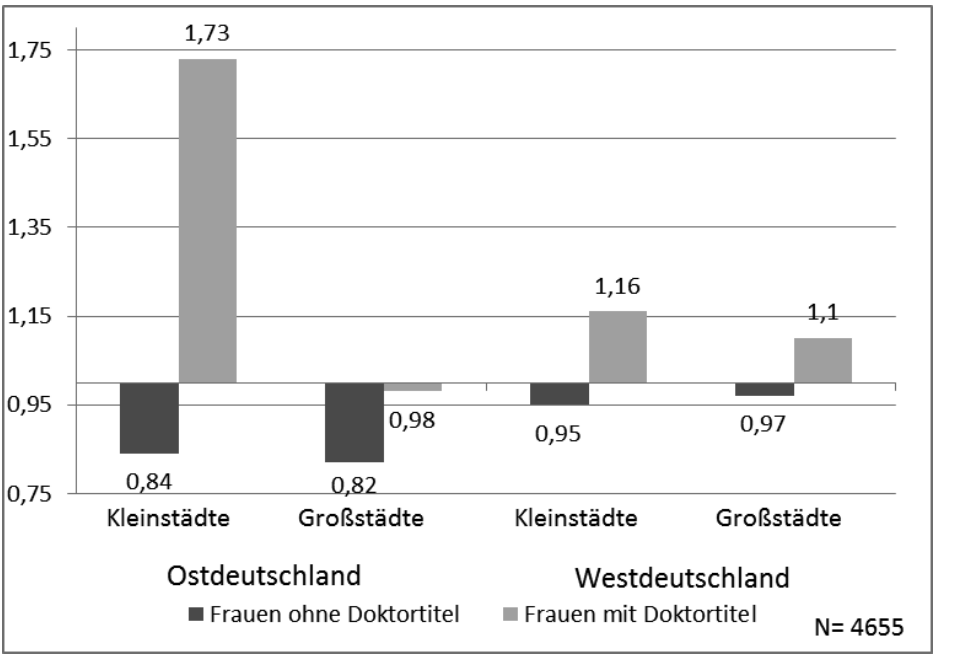
Zuvor konnte bereits gezeigt werden, dass sich der relative Wahlerfolg von Promovierten nicht signifikant nach Geschlecht unterscheidet. Abbildung 4 bestätigt dies noch einmal hinsichtlich der Unterscheidung von Klein- und Großstädten: So ist zwar der Wahlerfolg von Personen mit Doktortitel in Kleinstädten größer, es gibt aber in beiden Gemeindegrößenklassen keine signifikanten Unterschiede zwischen promovierten Frauen und Männern.

3.4 Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Weiterhin ist es von Interesse, ob es Unterschiede zwischen dem relativen Wahlerfolg von Frauen mit und ohne Doktortitel in Ost- und Westdeutschland gibt.

Abbildung 5 zeigt, dass der Wahlerfolg von Frauen mit Doktortitel in ostdeutschen Kleinstädten am höchsten ist und sich mit einem Wert von 1,73 deutlich von den Vergleichswerten in den verbleibenden Kategorien unterscheidet. Der direkte Vergleichswert von Kleinstädten in Westdeutschland liegt mit 1,16 deutlich niedriger.

Abbildung 5: Relativer Wahlerfolg für Frauen mit und ohne Doktortitel nach Klein-/Großstädten und Ost-/Westdeutschland



Quelle: eigene Darstellung; Differenzen zwischen Frauen mit und ohne Doktortitel in ostdeutschen Großstädten sind nicht signifikant (p=0,10), während alle anderen Differenzen signifikant sind (p<0,001).

Ostdeutsche Großstädte zeigen sogar einen negativen Wahlerfolg für promovierte Frauen (0,98) und keinen signifikanten Unterschied zu Frauen ohne Doktortitel (0,82). In Westdeutschland liegen die Werte deutlich stärker beieinander: Zwischen Klein- und

Großstädten in Westdeutschland gibt es keine signifikanten Unterschiede für den relativen Wahlerfolg von Frauen mit Doktortitel. Gleiches gilt auch für nicht-promovierte Frauen.

4 Diskussion

Anhand der präsentierten Ergebnisse konnte gezeigt werden, dass Frauen im Vergleich zu Männern durch die Wählerschaft beim Verhältniswahlrecht mit offenen Listen in Deutschland in kleinem, aber signifikantem Maße negativ diskriminiert werden. Dieses Resultat ist, betrachtet man es differenzierter, vor allem auf ost- und westdeutsche Kleinstädte zu beziehen. In Großstädten, sowohl im Westen als auch im Osten, machen die WählerInnen keinen Unterschied zwischen Frauen und Männern.

Die erste Analyse zum Wahlerfolg von Frauen mit Doktortitel erbringt zunächst, dass sich anteilig viel mehr Männer mit Promotion zur Wahl stellen als Frauen mit der gleichen Qualifikation. Trotz dieser nicht ausgeglichenen Wahlmöglichkeiten kann jedoch anhand der Analysen festgestellt werden, dass der Wahlerfolg durch eine vorhandene Promotion zwar signifikant begünstigt wird, aber hypothesenkonform das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss auf den Wahlerfolg hat. Männer mit Doktortitel haben demnach keinen größeren Wahlerfolg als Frauen mit Promotion. Dies spräche eher für ein intersektionales Argument, nach dem Frauen durchschnittlich zwar schon negativ durch die Wählerschaft diskriminiert werden, aber dieser Gendereffekt im Falle eines Doktortitels gänzlich verschwindet. Das könnte auch darin begründet liegen, dass Teile der Wählerschaft immer noch die Kompetenz von Politikerinnen stärker hinterfragen als die ihrer (männlichen) Kollegen (Roots 2014: 15) und der Wählerschaft durch den Titel eine erhöhte Kompetenz beider Geschlechter signalisiert wird.

Allgemein ist zu erkennen, dass in Großstädten der Doktortitel bei Frauen nicht so wichtig erscheint, wie es in Kleinstädten der Fall ist. In Letzteren führt das Prestige, welches durch eine Promotion erworben wurde, erwartungskonform zu einem deutlich besseren Wahlerfolg, möglicherweise, weil bei wenigen Promovierten auf dem Wahlzettel der Titel stärker zur Kenntnis genommen wird. In ostdeutschen Kleinstädten ist dies ausgeprägter der Fall als in westdeutschen Kommunen. In Großstädten im Osten Deutschlands gibt es hingegen keine signifikanten Unterschiede, während die Differenz im Wahlerfolg von Frauen mit und ohne Doktortitel in westdeutschen Großstädten signifikant unterschiedlich ist.

Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass Aggregatdatenanalysen nur Schlüsse über das Verhalten des WählerInnenkollektivs zulassen und nicht über die Motive des individuellen Wahlverhaltens. Insofern sind weitere qualitative und quantitative Untersuchungen nötig, um die Ursachen für das schlechte Abschneiden der Kandidatinnen in den Kleinstädten zu ergründen. Dennoch hat die Aggregatdatenanalyse gegenüber WählerInnenbefragungen und Experimenten einen zentralen Vorteil: Sie berichtet über das tatsächliche Wahlverhalten in einer realen Situation und damit sind Verzerrungseffekte durch soziale Erwünschtheit, wie sie bei Befragungen zur Diskriminierung regelmäßig auftreten, ausgeschlossen. Wie wir aus einzelnen Diskriminierungsstudien wissen, ist das reale Abstimmungsverhalten meist diskriminierender als

die abgefragten Meinungen (vgl. z. B. Hainmueller/Hangartner 2013: 19), weil Diskriminierung zunehmend als unmodern gilt und sich die Befragten zumindest auf der „Talk"-Ebene daran anpassen, während das tatsächliche Handeln, häufiger auch unbewusst, weniger „modern" ausfällt.

Des Weiteren wäre zu überlegen, die Aggregatdatenanalyse nicht auf Internet- und Telefonerhebungen zu stützen, sondern eine bundesweite KandidatInnenbefragung durchzuführen, um weitere Informationen über Drittvariablen zur Kontrolle der statistischen Beziehungen bundeseinheitlich berücksichtigen zu können, die häufig auch nicht den Stadtverwaltungen zu jeder Kandidatur vorliegen (Beruf, Alter, gesellschaftliche Führungspositionen etc.). Allerdings ist eine Befragung bei über 10 000 Kandidatinnen und Kandidaten deutlich aufwendiger und insbesondere bei nicht gewählten Ratskandidaturen wäre eine sehr niedrige Rücklaufquote zu erwarten. Alternativ könnte man sich auf ein Bundesland beschränken, in dem verpflichtend weitere Angaben zur Kandidatur auf dem Stimmzettel vermerkt werden müssen, die dann auch über die Verwaltungen erhoben werden können (vgl. Mechtel 2013). Der Nachteil dieser Erhebungsstrategie ist allerdings, dass so keine Bundesländervergleiche bzw. Ost-West-Vergleiche möglich sind. Der Vorteil wäre aber, dass durch diese Verfahrensweise mehr Drittvariablen berücksichtigt und damit auch mögliche „Scheinkorrelationen" aufgedeckt werden können, was zugleich auf die Grenzen der in unserer Studie gewählten Erhebungsstrategie hinweist.

Zur praktischen Einordnung der vorgestellten Ergebnisse ist es wichtig zu betonen, dass zwar die Wählerschaft Frauen im geringen Maße bei Kumulieren und Panaschieren in Kleinstädten negativ diskriminiert, dadurch ist dieses Wahlrecht aber im Vergleich zu der sonst in Deutschland dominierenden personenorientierten Verhältniswahl kein Nachteil für Kandidatinnen. Das Gegenteil trifft zu, wie wir es in früheren Studien für Klein- und Großstädte gezeigt haben (Holtkamp/Friedhoff 2014; Holtkamp/Eimer/Wiechmann 2013). Allerdings ist dies nicht auf Nachfrageeffekte bei den WählerInnen, sondern auf Angebotseffekte bei den Parteien zurückzuführen (Norris 2004).

Beim Verhältniswahlrecht mit offenen Listen wird in der Regel eine zentralisierte Liste auf Kreisebene bzw. gesamtstädtischer Ebene erstellt. Dies stärkt die zentrale und synchrone Vergabe der Kandidaturen „im Paket" im Gegensatz zum personalisierten Verhältniswahlrecht in nordrhein-westfälischen Kommunen, bei dem die Direktkandidaturen dezentral und einzeln in den Ortsverbänden vergeben werden. Bei der Vergabe der Kandidaturen „im Paket" entstehen Anreize für die Parteiführung, Wahllisten geschlechterparitätisch auszubalancieren („ticket balancing"), und die Frauenquoten der Parteien sind direkt auf die Liste anwendbar. Bei der dezentralen Vergabe weniger Mandate unter personalisiertem Verhältniswahlrecht setzen sich demgegenüber im direkten Vergleich häufig die meist männlichen Ortsvorsitzenden durch (Holtkamp/Schnittke 2010), ohne dass beispielsweise die Frauenquote der SPD von 40 Prozent (aufgrund der geringen Anzahl der KandidatInnen in kleinen Wahlbezirken) direkt hierauf angewendet werden könnte. Ähnlich wie bei Bundestags- und Landtagswahlen sind dann die erfolgreichen Direktmandate häufiger von Männern besetzt (Kaiser/Hennl 2008), während die häufig quotierten starren Reservelisten erst danach zum Zuge kommen. So gesehen ist die Einführung von Kumulieren und Panaschieren immer noch eine für Politikerinnen attraktive Reform, zumal das Verhältniswahlrecht mit offenen und starren

Listen besser mit freiwilligen Parteiquoten oder auch mit gesetzlichen Kandidatinnenquoten verbunden werden kann (Matland 2006: 290).

Literaturverzeichnis

Andersen, Uwe (2000). Wahlen auf kommunaler Ebene – eigenständig? *Politische Bildung,* (3), 76–93.

Blättel-Mink, Birgit; Mischau, Anina & Kramer, Caroline (1998). Politische Partizipation von Frauen – Nullsummenspiele im Modernisierungsprozeß? Ergebnisse einer empirischen Studie in Baden-Württemberg. *PVS,* (4), 775–796.

Bovermann, Rainer (2002). Kommunales Wahlverhalten zwischen Partei-, Themen- und Kandidatenorientierung. In Uwe Andersen & Rainer Bovermann (Hrsg.), *Kommunalwahl 1999 in NRW – Im Westen was Neues* (S. 115–159). Opladen: Leske + Budrich.

Danzer, Stephan (2008). Kommunalwahlen 2008 – Auswertung des Wählerverhaltens. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz,* (9), 663–669.

Davidson-Schmich, Louise K. (2006). Implementation of Political Party Gender Quotas: Evidence from the German Länder 1990–2000. *Party Politics,* (2), 211–232. http://dx.doi.org/10.1177/1354068806061338

Egner, Björn (2013). Das Ratsmitglied, das unbekannte Wesen. In Björn Egner, Max-Christopher Krapp & Hubert Heinelt (Hrsg.), *Das deutsche Gemeinderatsmitglied. Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis* (S. 57–67). Wiesbaden: Springer Fachmedien. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-94361-9_3

Gabriel, Oscar W. (1997). Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten. In Oscar W. Gabriel, Frank Brettschneider & Angelika Vetter (Hrsg.), *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt* (S. 147–168). Opladen: Westdeutscher Verlag. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-86657-8_7

Gabriel, Oscar W.; Brettschneider, Frank & Vetter, Angelika (Hrsg.). (1997). *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*. Opladen: Westdeutscher Verlag. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-86657-8

Gremmels, Timon (2003). *Kumulieren und Panaschieren – Das hessische Kommunalwahlrecht in Theorie und Praxis* (unveröffentlichte Diplomarbeit). Marburg.

Hainmueller, Jens & Hangartner, Dominik (2013). Who Gets a Swiss Passport? *American Political Science Review*, (February), 1–29.

Hamberger, Wolfgang (1966). *Motive und Wirkung des Kommunalwahlsystems in Baden-Württemberg* (Dissertation). Universität Heidelberg.

Herbolsheimer, Florian & Wüst, Andreas M. (2012). Untersuchung in süddeutschen Großstädten. Migrationshintergrund: Fluch oder Segen bei der Ratswahl? *Stadtforschung und Statistik,* (2), 8–12.

Hoecker, Beate (1995). *Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch*. Opladen: Leske + Budrich. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-95761-0

Hoecker, Beate (1998). *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band I: Die Mitgliedstaaten*. Opladen: Leske + Budrich. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-99810-1

Holtkamp, Lars; Eimer, Thomas & Wiechmann, Elke (2013). Lokale Disparitäten: Ursachen der Frauen(unter-)repräsentanz in deutschen Stadträten. *Polis-Heft,* (71). Zugriff am 1. Februar 2015 unter www.fernuni-hagen.de/polis/download/lg4/polis_71.pdf.

Holtkamp, Lars & Friedhoff, Caroline (2014). Migranten- und Frauenrepräsentanz in bundesdeutschen Parlamenten. *GWP,* (4), 467–472.

Holtkamp, Lars & Schnittke, Sonja (2010). *Die Hälfte der Macht im Visier – Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Holuscha, Anette (1999). *Frauen und Kommunalpolitik: kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg*. Konstanz: Hartung-Gorre Verlag.

Inglehart, Ronald; Norris, Pippa & Welzel, Christian (2002). Gender Equality and Democracy. *Comparative Sociology,* (3–4), 321–345. http://dx.doi.org/10.1163/156913302100418628

Kaiser, Andre & Hennl, Annika (2008). Wahlsysteme und Frauenrepräsentation. Ein Vergleich der deutschen Landesparlamente. *Zeitschrift für Politikwissenschaft,* (2), 167–184. http://dx.doi.org/10.5771/1430-6387-2008-2-167

Klein, Markus & Rosar, Ulrich (2007). Ist Deutschland reif für eine Kanzlerin? Eine experimentelle Untersuchung aus Anlass der Bundestagswahl 2005. In Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer & Bernhard Weßels (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse* (S. 272–291). Wiesbaden: VS Verlag. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90536-5_12

Magin, Raphael (2011). *Die geringere Hälfte*. Berlin: LIT.

Manow, Philip & Flemming, Peter (2011). Der Titel als politisches Distinktionsmerkmal? *Zeitschrift für Politikwissenschaft,* (4), 531–551.

Matland, Richard E. (2006). Electoral Quotas – Frequency and Effectiveness. In Drude Dahlerup (Hrsg.), *Women, Quotas and Politics* (S. 275–292). London: Routledge.

Mechtel, Mario (2013). *It's the occupation, stupid! Explaining candidates' success in low-information elections* (IAAEU Discussion Paper Series in Economics 12). Trier. Zugriff am 31. Januar 2015 unter www.iaaeg.de/images/DiscussionPaper/2013_12.pdf.

Mielke, Gerd & Eith, Ulrich (1994). *Honoratioren oder Parteisoldaten – Eine Untersuchung der Gemeinderatskandidaten bei der Kommunalwahl 1989 in Freiburg*. Bochum: Universitätsverlag Brockmeyer.

Norris, Pippa (2004). *Electoral Engineering – Voting Rules and Political Behavior*. Cambridge: Cambridge University Press. http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511790980

Roots, Beret (2014). *Genderdemokratisierung in politischen Parteien* (Hintergrundpapier, NEOS LAB – Report Nr. 002). Zugriff am 31. Januar 2015 unter https://lab.neos.eu/file/sites/4/2014/09/2014_NEOS-Lab_Genderdemokratisierung_Hintergrundpapier.pdf.

Sanbonmatsu, Kira (2002). Gender Stereotyps and Vote Choice. *American Journal of Political Science,* (1), 20–34. http://dx.doi.org/10.2307/3088412

Schneider, Sebastian & Tepe, Markus (2011). Dr. Wright und Dr. Wrong: Zum Einfluss des Doktortitels auf den Wahlerfolg von Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2009. *PVS,* (2), 248–285.

Statistisches Bundesamt (2014). *Bildungsstand der Bevölkerung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Zugriff am 27. Januar 2015 unter www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/

BildungForschungKultur/Bildungsstand/BildungsstandBevoelkerung5210002147004.pdf?__blob=publicationFile.

Tiefenbach, Paul (2006). Kumulieren, Panaschieren, Mehrmandatswahlkreise – mehr Demokratie beim Wahlrecht. *Zeitschrift für Parlamentsfragen,* (1), 115–125. http://dx.doi.org/10.1007/s11619-006-0010-z

Wehling, Hans-Georg (2000). Frauen in der Kommunalpolitik. In Theodor Pfizer & Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Kommunalpolitik in Baden-Württemberg* (3. Aufl., S. 203–216). Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Weßels, Bernhard (1998). *Die Performanz von Bundestagsabgeordneten*. Zugriff am 31. Januar 2015 unter https://www.wzb.eu/~wessels/Downloads/Stern/Bericht-Stern.htm.

Westle, Bettina & Kühnel, Steffan (2007). Geschlecht als Determinante des Wahlverhaltens? In Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer & Bernhard Weßels (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse* (S. 293–320). Wiesbaden: VS Verlag. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90536-5_13

Zu den Personen

Caroline Friedhoff, M. A. Soz., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FernUniversität Hagen. Institut für Politikwissenschaft (Lehrgebiet Politik und Verwaltung). Arbeitsschwerpunkte: politische Partizipation, Migrations- und Integrationssoziologie, Diskriminierung von Minderheiten.
Kontakt: FernUniversität Hagen, Lehrgebiet: Politikwissenschaft IV: Politik und Verwaltung, Universitätsstraße 33, 58084 Hagen
E-Mail: caroline.friedhoff@fernuni-hagen.de

Lars Holtkamp, Prof. Dr., Professor für Politik und Verwaltung. Institut für Politikwissenschaft (Politikwissenschaft IV) an der FernUniversität Hagen. Arbeitsschwerpunkte: Haushaltspolitik, Verwaltungsmodernisierung, Parteien.
Kontakt: FernUniversität Hagen, Lehrgebiet: Politikwissenschaft IV: Politik und Verwaltung, Universitätsstraße 33, 58084 Hagen
E-Mail: lars.holtkamp@fernuni-hagen.de

Elke Wiechmann, Dr., Akademische Rätin an der FernUniversität Hagen. Institut für Politikwissenschaft (Lehrgebiet Politik und Verwaltung). Arbeitsschwerpunkte: Gender und Gleichstellung, Partizipation, lokale Politikforschung, lokale Demographiepolitik, Wandel des öffentlichen Sektors/New Public Management, Arbeits- und Beschäftigungspolitik.
Kontakt: FernUniversität Hagen, Lehrgebiet: Politikwissenschaft IV: Politik und Verwaltung, Universitätsstraße 33, 58084 Hagen
E-Mail: elke.wiechmann@fernuni-hagen.de